

Lehren aus dem Fiasko nach dem Verbot von Agrochemikalien

GRAIN, MONLAR, 21.11.2021

Im April 2021 kündigte der Präsident Sri Lankas, Gotabaya Rajapaksa, ein Einfuhrverbot für Agrochemikalien an. Dadurch sollte Sri Lanka etwa 300 bis 400 Millionen Dollar an Devisen einsparen, die das Land jedes Jahr für die Einfuhr von Agrochemikalien ausgibt. Als Rechtfertigung führte der Präsident auch an, dass mit dieser Politik das Recht der Menschen in Sri Lanka "auf eine ungiftige Ernährung" gewährleistet werde. Außerdem hätten die enormen Ausgaben des Landes für Agrochemikalien die landwirtschaftliche Produktion nicht erhöht. Vielmehr verschlimmerten die Agrochemikalien die Unfruchtbarkeit der Böden, den Rückgang der Erträge und den Verlust der Artenvielfalt. Rajapaksa versprach sogar, jeden Landwirt zu entschädigen, der nach der Umstellung auf den ökologischen Landbau einen Produktionsrückgang hinnehmen muss. Die Einsparungen, die durch das Verbot von Agrochemikalien und die Einstellung der Düngemittelsubventionen erzielt werden, würden das Geld für diese Entschädigung liefern.

Nach mehreren Monaten des Aufruhrs, ausgelöst durch eine akute Nahrungsmittelkrise, erklärte der Landwirtschaftsminister Sri Lankas am 21. November, dass die Einfuhrbeschränkungen für Agrochemikalien gelockert würden und chemische Düngemittel, Agrochemikalien und wichtige Pflanzennährstoffe, die für eine große Gruppe von Kulturpflanzen benötigt werden, wieder zugelassen seien. Die weit verbreitete Annahme, dass die Ernährungssicherheit des Landes ohne Agrochemikalien gefährdet sei, zwang die Regierung scheinbar zu einem Rückzieher. Wenige Tage später, am 24. November, verkündete sie die vollständige Aufhebung des Einfuhrverbots für Agrochemikalien.

Was ist also schief gelaufen? Nachdem wir die Situation in Sri Lanka in den letzten Jahren genau verfolgt haben, mussten wir feststellen, dass die Nahrungsmittelkrise in Wirklichkeit durch die anhaltende Wirtschaftskrise und die schwindenden Devisenreserven ausgelöst wurde. Aber die ständigen Nachrichten über wütende Landwirte, die aus Angst vor Produktionseinbußen aufgrund des Mangels an Düngemitteln gegen das Verbot protestierten, verzerrten diese Tatsachen.

Einer landesweiten Umfrage zufolge befürworteten fast zwei Drittel der Landwirt*innen die Umstellung auf den ökologischen Landbau, auch wenn die Mehrheit der Meinung war, dass die Umstellungsphase länger als ein Jahr dauern müsste, um erfolgreich zu sein. Nur 20 % der befragten Bäuer*innen gaben an, nicht über ausreichende Kenntnisse über organische Düngemittel und deren ordnungsgemäße Anwendung zu verfügen, weshalb ihr Vertrauen in das Verbot gering war. Die Bäuer*innen erwarteten von der Regierung, dass sie ihnen angemessene Ratschläge und Anleitungen für die Aufbereitung und Anwendung von organischem Dünger sowie eine garantierte Versorgung mit organischen Alternativen zur Verfügung stellt und den für die Umstellung erforderlichen Zeitraum verlängert. Mehrere Wissenschaftler*innen, Landwirtschaftsfachleute und Unternehmen der Agrarindustrie, die sich das Einfuhrverbot für Agrochemikalien heftig kritisierten, warfen der Regierung vor, diese Politik zum falschen Zeitpunkt zu verfolgen, da die Lebensmittelpreise stiegen und das Land sich in einem durch die Covid-Krise verursachten Wirtschaftsabschwung befand. Sie argumentierten, dass der vergleichsweise höhere Marktpreis von Bioprodukten, der vor allem wohlhabenden Verbraucher*innen zugänglich

ist, zu einer größeren Ernährungsunsicherheit bei der armen Bevölkerungsmehrheit führen könnte, wenn das Land zu 100 % auf Bio umstellt. Andere Wissenschaftler*innen schlugen eine allmähliche Verringerung des Einsatzes von Agrochemikalien anstelle der von der Regierung vorgenommenen plötzlichen Umstellung vor. Ein idealer Übergang erforderte eine angemessene Überwachung und setzte die schrittweise Einführung von organischem Kompost voraus, um einen übermäßigen Einsatz zu vermeiden und erhebliche Verluste bei der Nahrungsmittelproduktion zu verhindern.

Für lokale Gruppen, die sich für die Agrarökologie und die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft einsetzen, war die Situation komplexer. Dies war der Fall bei MONLAR, der Bewegung für Land- und Agrarreformen. Sie begrüßten das Verbot des Einsatzes aller Agrochemikalien und den Übergang zum ökologischen Landbau. Sie stellten jedoch auch den übereilten Planungsprozess und die Umstellungsstrategie in Frage.

In einem Brief an Präsident Rajapaksa im Mai 2021 wies MONLAR darauf hin, dass es kein systematisches Regierungsprogramm zur Förderung des ökologischen Landbaus unter den Landwirt*innen gibt. MONLAR forderte die Regierung auf, einen soliden Koordinationsmechanismus zwischen der Politik des ökologischen Landbaus, den taktischen und strategischen Programmen auf nationaler Ebene und den verschiedenen Institutionen, die mit der Durchführung dieser Programme betraut sind, zu schaffen, insbesondere mit dem Landwirtschaftsministerium und dem Ministerium für landwirtschaftliche Dienstleistungen. Diese beiden Abteilungen sind sich derzeit nicht einig über die Politik des ökologischen Landbaus und unterstützen sie nicht ernsthaft.

Sri Lanka gerät in der Tat in eine Nahrungsmittelkrise, die aber nicht die Folge einer plötzlichen Umstellung auf ökologischen Landbau ist. Die Nahrungsmittelproduktion dürfte in einer einzigen Anbausaison nicht so stark zurückgehen, dass es zu einer Nahrungsmittelkrise käme. Vielmehr war die Nahrungsmittelkrise bereits da, als die Entscheidung zur Umstellung auf ökologischen Landbau getroffen wurde. Um ihre Devisenausgaben zu senken, hat die Regierung Sri Lankas im vergangenen Jahr präventive Maßnahmen ergriffen und die Einfuhr lebenswichtiger Güter, darunter auch Lebensmittel, verboten. MONLAR behauptet, dass das Missmanagement der Lebensmittelversorgungsketten während der Covid-19-Pandemie ebenfalls für die Krise verantwortlich ist.

Infolge der Covid-19-Pandemie und der Grenzschließungen ist die Wirtschaft Sri Lankas stark eingebrochen, da eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes, der Tourismus, völlig zusammengebrochen ist. Dies hat zu einem beispiellosen Rückgang der Devisenreserven des Landes geführt, von über 7,5 Milliarden Dollar im Jahr 2019 auf nur noch 2,8 Milliarden Dollar im Juli 2021. Die kolossalen Zahlungen der Regierung, um die für die Einfuhr lebenswichtiger Güter benötigten Devisen zu kaufen, haben die srilankesische Rupie sinken lassen. Die Devisenkrise ist so gravierend, dass die Regierung bereits 2020 die Einfuhr von Fahrzeugen, Speiseölen und Kurkuma, einem wichtigen Gewürz für die lokale Küche, verboten hat, um Devisen zu sparen.

Sri Lanka ist derzeit ein Nettoimporteur von Lebensmitteln und anderen Waren. Der Wertverlust der Rupie hat zu einem Preisanstieg bei lebenswichtigen Gütern geführt, was für die einfache Bevölkerung, einschließlich der Landwirt*innen, eine große Härte bedeutet. Die srilankesische Regierung hat dies jedoch bestritten. In einem Interview mit der BBC im 2021

September bekräftigte Staatsminister Ajith Nivard Cabraal, dass es in Sri Lanka keine Nahrungsmittelkrise gebe, aus der man nicht schnell herauskommen könne. Die Regierung sei zuversichtlich, dass der Übergang zum ökologischen Anbau reibungslos verlaufen werde.

Präsident Rajapaksa erklärte, die Regierung werde Subventionen für den ökologischen Landbau bereitstellen und organische Düngemittel verteilen. In seiner Rede auf der Agrarökologie-Veranstaltung des UN-Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS) sagte der srilankesische Staatschef, dass die Entscheidung seiner Regierung, die Einfuhr von Agrochemikalien zu verbieten, einen seit langem notwendigen nationalen Übergang zu einer gesünderen und ökologischeren Landwirtschaft ermögliche.

Der Versuch, zu chemiefreien landwirtschaftlichen Praktiken überzugehen, kann ein Schritt in die richtige Richtung sein, um viele gesellschaftliche Probleme zu bewältigen, darunter die Klimakrise, die für Sri Lanka von großer Bedeutung ist. Wie MONLAR betont, muss der Schwerpunkt jedoch auf der Förderung der Agrarökologie liegen, und zwar in dem Sinne, dass sie nicht nur technologieintensiv oder mit organischen Betriebsmitteln betrieben wird, da dies nur die Abhängigkeit der Landwirte von chemischen auf organische Betriebsmittel verlagern würde. Die Politik der Agrarökologie und des ökologischen Landbaus sollte die Erhaltung der Umwelt unterstützen, dem Verlust der biologischen Vielfalt entgegenwirken und den Menschen ermöglichen, ihre wirtschaftlichen Ziele auf nachhaltigere Weise zu erreichen. Die Agrarökologie lässt sich jedoch nicht von heute auf morgen verwirklichen.

MONLAR ist Mitglied von La Via Campesina, einem Netzwerk von Bäuer*innenorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Sri Lanka, das sich seit drei Jahrzehnten für nachhaltige Landwirtschaft oder Agrarökologie einsetzt und Kleinbäuer*innen praktische Schulungen und technische Hilfe anbietet.

GRAIN ist eine kleine internationale Non-Profit-Organisation, die Kleinbäuer*innen und soziale Bewegungen in ihrem Kampf für gemeinschaftlich kontrollierte und auf biologischer Vielfalt basierende Nahrungsmittelsysteme unterstützt.

Übersetzung: Christa Wichterich

Quelle: <https://grain.org/en/article/6774-lessons-from-sri-lanka-s-agrochemical-ban-fiasco>